



***Das Ende der Weihnachtsferien, das für den 3. Januar geplant war, wird eine Woche später stattfinden. Und eine ganze Woche des Unterrichts wird im Februar als Fernstudium stattfinden, wie der Rektor der Universität am Montag Straßburg ankündigte.***

Angesichts der steigenden Energiepreise wird die Universität Straßburg (Bas-Rhin) ihre Türen in diesem Winter zwei Wochen schließen, kündigte die Präsidentschaft am Montag, dem 19. September, an.

„Eine dritte Woche Weihnachtsferien Anfang Januar und eine ganze Woche Fernunterricht im Februar“ werden eingeführt, so Michel Deneken, der Präsident der Universität, in einem Video, das an die Studenten gerichtet ist und auf YouTube gepostet wurde. Der ursprünglich für den 3. Januar 2023 geplante Studienbeginn wird erst am 9. Januar stattfinden, nach einer Woche administrativer Schließung, in der kein Unterricht stattfindet.

Zu den weiteren Sparmaßnahmen gehört, dass die Heizung auf 19 °C eingestellt und erst „so spät wie möglich“ eingeschaltet wird und eine Kommunikationskampagne „zugunsten von Öko-Gesten für einen nachhaltigeren Planeten“ durchgeführt wird, wie Michel Deneken erklärte.

### **Explosion der Ausgaben für Strom, Gas und Heizung**

„Die Energiekosten (...) schießen jeden Tag weiter in die Höhe“, betont der Präsident der Universität Straßburg und erinnert daran, dass die Universität „ihren Teil zum ökologischen Übergang beitragen“ müsse. Die Energierechnung der Universität, die 2020-2021 fast 57.000 Studierende zählen wird, explodiert.

Die Ausgaben für Strom, Gas und Fernwärme stiegen von 10 Millionen Euro im Jahr 2021 auf 13 Millionen Euro im Jahr 2022, nachdem in einem Berichtigungshaushalt weitere 1,5 Millionen Euro bewilligt worden waren. Für 2023 wurden 20 Millionen in den Haushaltsvoranschlag aufgenommen.

„Die administrativen Schließungen stellen einen Verstoß gegen den Grundsatz der Kontinuität des öffentlichen Dienstes dar“, kritisiert allerdings die Gewerkschaft FSU in einer Erklärung. Die Forschungsaktivitäten könnten ihrer Meinung nach unter solchen Maßnahmen leiden, da der Zugang zu den Labors erschwert wird.